

# Der SRG-Direktor schläft gut

Die SRF-Sendung «Schawinski» mit Roger de Weck war unergiebig – warum man nichts anderes erwarten konnte

Von Benedict Neff

**Zürich.** Roger de Weck, SRG-Generaldirektor, kam auf Einladung seines Freundes Roger Schawinski in die Sendung «Schawinski», die auf dem SRG-Kanal SRF1 ausgestrahlt wird, um über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) zu diskutieren, die am 14. Juni an der Urne zur Disposition steht. Allein diese Voraussetzungen dürften Kanonenfutter für Rechte sein, die in der SRG eine Art post-stalinistische Propaganda-Maschine sehen. Linke fragen sich hingegen vielleicht: Ist dieses Interview das Pendant zu «Teblecher»?

Sicher ist, so etwas findet nicht jede Woche statt, und das ist aus vielerlei Gründen gut, vor allem weil Roger de Weck zwar ein interessanter Zeitgenosse, aber ein sehr langweiliger Interviewpartner ist. Einer, der sich Persönlichem versperrt, und der vor allem Fragen beantwortet, die niemand gestellt hat. Das heisst, er weicht aus und arbeitet dafür seine verinnerlichte Stichwortliste ab. De Weck ist vorbereitet. Am Ende der Sendung kann er hinter jedes Stichwort ein Häkchen setzen, aber war sein Auftritt deswegen gut?

## Keine Fernsehgestalt

Fernsehen braucht Wagnis. Daraus entsteht Lebendigkeit. Ein Gast muss bereit sein, auch einen Satz zu machen, den er nicht vorbereitet hat, vielleicht noch nicht einmal gedacht hat. Man muss riskieren, sich selbst zu überraschen. De Weck aber ist keine Fernsehgestalt, er ist ein Kontrollfreak, einer, der auch schriftliche Interviews zu Tode redigiert. Oder haben Sie je ein interessantes De-Weck-Interview gelesen? – Dann war es eines, in dem er als Journalist die Fragen stellte.

«Ich schlafe immer gut. Ich kann mich einfach hinlegen und schlafen, das gibt viel Kraft.» In der 35-minütigen Sendung vom Montag war dies der einzige überraschende Satz. Der dritte Schweizer Medien-Roger, Roger Köppl, würde jetzt, wie einst in der BaZ, einwerfen: «Überraschung wird überschätzt. Wenn ich eine Cola kaufe, will



«Information auf diesem Niveau.» Für Roger de Weck (r.), im Talk mit Roger Schawinski, ist die SRG unersetzbar. © SRF

ich, dass Coca-Cola drin ist und nicht Himbeersirup.» So sind die Erwartungen an Unterhaltung verschieden – de Weck ist immer Cola.

Schon 2012 war er Gast bei «Schawinski» – ich verfolgte damals die Aufzeichnung live im Leutschenbach. Schawinski hatte die Sendung im Vorfeld in den Medien zum Prüfstein seiner Unabhängigkeit stilisiert, nachdem ihn die *Weltwoche* als SRG-Lobsänger und -hofberichtersteller verunglimpft hatte.

## Der tabuisierte Hustenanfall

Die Sendung konnte damals erst im dritten Anlauf aufgenommen werden. Zuerst verhaspelte sich Schawinski. Beim zweiten Dreh bekam de Weck einen dramatischen Hustenanfall. Als die Sendung endlich aufgenommen war, ermahnte mich das *Schweizer Fernsehen* mehrmals eindringlich, den Hustenanfall im Artikel ja nicht zu erwähnen.

Der Hustenanfall war Nebenschauplatz. Vielleicht hätte ich ihn ohnehin nicht beschrieben, weil er mir so unbedeutend erschien. Erst das Verbot machte ihn interessant. Wie steht es um die Medienfreiheit, wenn die SRG schon die Erwähnung eines Hustenanfalls ihres Generaldirektors verbietet?, fragte ich mich damals als journalistischer Praktikant. Der Hustenanfall kam schliesslich in meinem Artikel nicht vor. Der Ärger, den die Erwähnung verursacht hätte, schien mir in keinem Verhältnis zum Informationswert – dabei wäre dies die sensationellste Geschichte in einer sensationsarmen Sendung gewesen.

Schawinski sagte am Montagabend oft, «ich habe eine andere Frage gestellt» oder «meine Frage war eine andere». Diese Interventionen waren wichtig, um zu zeigen, dass de Weck ständig auswich. Gleichzeitig hat Schawinski keinen Ansatz gefunden, um dieses Ausweichen zu unterbinden.

De Weck lobte die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, das den Schweizern zugutekomme und auch für die Unternehmen «so dermassen von Vorteil» sei: «Diese Vorlage ersetzt ein veraltetes, bürokratisches, teures System durch ein billigeres, einfacheres und faireres.» Schawinski ironisch: «Wow, das ist ja unglaublich, was das alles bringt!» – Argumente entkräftete er hingegen kaum.

## Eine unlösbare Aufgabe

Seine Moderation entbehrte nicht einer gewissen Bissigkeit. Unterwürfigkeit kann man Schawinski nicht unterstellen, aber die Konstellation liess doch kein interessantes Gespräch zu: Wie wollte er, der sich von de Weck bezahlen lässt, auf dessen Kanal und zu politischen Fragen, die unmittelbar dieses Fernsehen betreffen, eine glaubwürdig kritische Rolle spielen? Die Aufgabe war nicht lösbar.

In letzter Zeit wird in der Schweizer Presse viel geschrieben, der Service public sei zu wenig diskutiert worden. Das trifft auf die politische Ebene zu, nicht aber auf die Publizistik, wie ein Blick in die Zeitungsarchive zeigt. Seit zwanzig Jahren beantworten SRG-Generaldirektoren bis zur Ermüdung die Frage: «Was heisst Service public?»

## Eine Marketingshow

Die Diskussion mit dem SRG-Direktor ist aber historisch gesehen nicht ergiebig, weil er wie ein herkömmlicher Manager eine Marketingshow, oft auf dem eigenen Kanal, abzieht, Probleme klein- und Leistungen gewaltig grossredet. «Wir sind nicht ein Kuhweidenfernsehen, wir sind ein urbanes Fernsehen, wir sind ein Agglo-Fernsehen und wir sind die Schweiz des Urbanen. Das ganze Spektrum dieser schönen Schweiz.» Devise: Die SRG ist alles für alle.

Eine Alternative gibt es nicht: «Information kann man auf dem Niveau, wie wir es bieten, privat gar nicht finanzieren.» Gleichzeitig gibt sich de Weck konzilient: «Wir haben einen Umbruch der Medien ohnegleichen und da ist eine Service-public-Debatte nötig.» Auch für die Gegner hat er Verständnis: «Die Kritiker der Vorlage sprechen lieber über Service public, an ihrer Stelle würde ich das Gleiche machen.»

Und natürlich wiederholte de Weck mehrmals sein bestes Argument: Nein stimmen zur RTVG-Revision bedeutet höhere Kosten, Ja stimmen entlastet die Haushalte. Dass die Gebühr neuerdings eine De-facto-Steuer sein soll, die künftig selbst diejenigen bezahlen, die keine Empfangsgeräte haben, ist für de Weck kein Problem. In der Gebühr steckt auch «eidgenössische Solidarität».

Dass die Verlage unter dem SRG-Monopol zusehends unter Druck kommen, sieht de Weck nicht: «Mit der Existenz der SRG hat das nichts zu tun.» De Weck schläft gut. Fünf Minuten vor Ende sagte Schawinski demonstrativ «in eigener Regie»: «Jetzt überziehen wir mal.» Zum Schluss gab es noch fünf Minuten Unabhängigkeit.

## Kommission mit Spardisziplin

Rotstift beim Personal

**Bern.** Die Finanzkommission des Ständerats beantragt, verschiedene Einsparungen, die der Nationalrat in der Sondersession abgelehnt hat, wieder ins Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP) aufzunehmen. Für Kürzungen bei der Landwirtschaft von 57 Millionen Franken fand sich im Nationalrat keine Mehrheit. Mit sieben zu vier Stimmen beschloss die ständerätliche Finanzkommission, dass 30 Millionen eingespart werden sollen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Kein Bereich dürfe völlig von den Sparmassnahmen ausgenommen werden, begründete die Kommission ihren Antrag. Sie will auch den grössten Posten wieder in das Sparpaket aufnehmen, den der Nationalrat gestrichen hatte: Mit der Senkung des Zinssatzes zur Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV sollen 132,5 Millionen Franken eingespart werden. Der Bundesrat will mit dem KAP insgesamt über 700 Millionen Franken einsparen. Massnahmen im Umfang von rund 170 Millionen, für die es keine Gesetzesänderung braucht, nahm er bereits ins Budget 2015 auf. Der Nationalrat hat den grössten Teil der Sparmassnahmen gutgeheissen. Die Ständeratskommission stimmte den Anträgen weitgehend zu. Angesichts der Sparbemühungen des Bundes verzichtete sie darauf, die Bundesausgaben bei 67 Millionen Franken zu plafonieren.

Der wachsende Personalbestand beim Bund macht auch der Finanzkommission des Ständerates Sorgen. Mit fünf zu einer Stimme bei einer Enthaltung hat sie daher eine Motion eingereicht, mit welcher der Personalbestand des Bundes auf 35 000 Vollzeitstellen begrenzt werden soll. SDA

## Keine Rückzahlung von Bussgeldern an Verkehrssünder

Bundesrat will weiter an Abschreckung festhalten

Von Daniel Ballmer, Bern

Der Bundesrat hält gar nichts davon, Verkehrsbusen an die Automobilisten zurückzuzahlen. Genau das fordert Walter Wobmann. Dem Solothurner SVP-Nationalrat sind die steigenden Busseneinnahmen schon lange ein Dorn im Auge. In den letzten 20 Jahren hätten sie sich von gut 300 Millionen auf rund 700 Millionen Franken mehr als verdoppelt, schätzt er. Regelmässig prangert Wobmann die «Abzocke» von Autofahrern an. Erst kürzlich forderte er etwa, dass Radarwarngeräte wieder erlaubt werden sollen. Denn die Kantone würden mittlerweile entsprechend budgetieren und ihre Kassen füllen. «Man kann hier getrost von zusätzlichen Steuereinnahmen sprechen», findet Wobmann.

Dem will der SVP-Politiker einen Riegel schieben. Unterstützt von seiner Fraktion fordert er per Motion, dass die Kantone die einkassierten Bussen an die Autofahrer zurückverteilen – und zwar über einen entsprechenden Abzug bei der Motorfahrzeugsteuer. Zwar seien die Busseneinnahmen und deren Verwendung Sache der Kantone. Weil es hier aber grosse Unterschiede in der Handhabung gebe, hält es die SVP-Fraktion für sinnvoll, wenn auf Bundesebene eine gewisse Steuerungsmöglichkeit eingeführt würde.

Damit könne «die Zweckentfremdung dieser Mittel vermindert» werden. Denn dass die Einnahmen steigen, sei das eine. Dass die Einnahmen aber meist nicht einmal in den Strassenverkehr zurückflössen und zur Verbesserung der Infrastrukturen verwendet würden, komme noch verschärfend hinzu. Wobmann kann den Beteuerun-

gen der Behörden denn auch nicht glauben, dass Verkehrskontrollen und Bussen einzig der Verkehrssicherheit dienen sollen.

Dass die Bussen direkt in die Staatskasse fliessen, sei ein Fehlanreiz, ständig höhere Einnahmen zu budgetieren. Der SVP-Nationalrat spricht von einem regelrechten «Bussenterror». Würden die Bussengelder aber zurück an die Autofahrer fliessen, vermeide man den Druck der Behörden, stetig weitere Einnahmen zu generieren. So würden die Bussen im Sinne einer Lenkungsabgabe wirken. Wer anständig fährt, wird finanziell belohnt. Damit werde auch die Verkehrssicherheit direkt verbessert. Aus Wobmanns Sicht eine Win-win-Situation.

## Schuss geht nach hinten los

Das beurteilt der Bundesrat ganz anders. Erstens sei er ohnehin gegen einen Eingriff in die kantonale Steuer- und Finanzhoheit. Und zweitens: Würden Bussen an die Autofahrer rückverteilt, könnten sie weniger abschreckend wahrgenommen werden als heute. «Dies könnte der Verkehrssicherheit abträglich sein», argumentiert er und beantragt beim Parlament die Ablehnung von Wobmanns Vorstoss.

Weiter könne Wobmanns Schuss auch nach hinten losgehen, erläutert die Landesregierung. Eine Rückverteilung der Busseneinnahmen über die Motorfahrzeugsteuer würde schliesslich nur den Haltern von Motorfahrzeugen und nicht allen Steuerzahlern zugute kommen. Und um die Motorfahrzeugsteuer möglichst tief zu halten, könnte der Druck auf die Vollzugsbehörden wachsen, zusätzliche Busseneinnahmen zu generieren.

## Markwalder prüft rechtliche Schritte gegen Lobbyistin

Marie-Louise Baumann entschuldigt sich bei FDP-Nationalrätin

**Bern.** Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder bläst in der Kasachstan-Affäre zum Gegenangriff. Ihr Vertrauen sei durch die Lobbyistin Marie-Louise Baumann «aufs Übelste missbraucht» worden. Sie wirft ihr Fehlverhalten vor und prüft rechtliche Schritte. Baumann habe im Januar ein Memo, in dem ihr Vorstoss aufgelistet war, an mehrere Parlamentarier anderer Parteien weitergeleitet. «Das geht nicht, und ich hoffe, sie muss sich für ihr Fehlverhalten noch im Detail erklären», sagte Markwalder im *Blick* vom Dienstag. «Eine solche Lobbyistin hat in der Wandelhalle nichts mehr zu suchen»,

sagte Markwalder. Baumann musste am Montag ihren Zutrittsbadge abgeben.

Gestern Abend versendete die Lobbyistin Marie-Louise Baumann eine Stellungnahme. Darin entschuldigte sie sich bei Nationalrätin Markwalder für die Turbulenzen rund um die Kasachstan-Affäre. Sie übernehme die volle Verantwortung, so Baumann. «Ich war der Meinung, dass ich Christa Markwalder im vorliegenden Fall sowohl über den Auftraggeber als auch über dessen Ziel und dessen Mitwirkung an der Interpellation immer transparent und umfassend informiert hatte.» Sie werde sich einer Untersuchung stellen. SDA

## Der Zürcher, der Baseldeutsch spricht, tritt nicht mehr an

Grünen-Nationalrat Daniel Vischer will interne Kämpfe vermeiden

**Zürich.** Der Zürcher Grünen-Nationalrat Daniel Vischer tritt bei den Wahlen im Oktober nicht mehr an. Der 65-Jährige vertrat seine Partei während zwölf Jahren in Bern. Grund für seinen Rückzug seien drohende interne Kämpfe.

«Ich habe in den letzten Wochen gemerkt, dass meine erneute Kandidatur zu einem internen Problem führen würde», sagte Vischer in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* und dem *Bund* vom Dienstag. Sein Verzicht solle dazu führen, dass die Grünen ihre drei Sitze ohne Streit verteidigen können. Wenn die drei bisherigen Nationalräte und mindestens eine Frau «um bestenfalls drei Plätze» kämpfen würden, führe das zu Unruhe. Würde er zusammen mit Bastien Girod und Balthasar Glättli wiedergewählt, fürchte er den

Druck, seinen Platz möglichst schnell zugunsten einer Frau räumen zu müssen, sagte Vischer. Weder seine Gesundheit noch das erreichte Rentenalter hätten ihn zu diesem Entscheid bewegt. Der Rechtsanwalt präsidierte die nationalrätliche Rechtskommission von 2005 und 2007 und ist aktuell Vizepräsident der Finanzkommission.

Bekannt ist, dass der grüne Zürcher Regierungsrat Martin Graf, der am 12. April abgewählt wurde, für den Nationalrat kandidiert.

Die Zürcher Grünen haben gestern Abend ihre National- und Ständeratskandidaten nominiert. Bereits im Februar hatte der Parteivorstand bekannt gegeben, dass er mit Bastien Girod in den Ständeratswahlkampf steigen will. SDA